Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

und

Handelszeitung.

Tel.-Anschl. { 14 692 (Rachtanschluß) 14 693 14 694

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Tel.-Anschl. { 14 692 (Rachtanschluß) 14 693 14 694

Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure 2mal täglich ins Haus gebracht 3.00 M. monatl., 2.70 M. vierteljährl. Bei unsern Filialen u. Annahmestellen abgeholt 3.00 M. monatl., 2.25 M. vierteljährl.

Durch die Post:

innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährl. 3.00 M., monatl. 1.20 M. ausschl. Postbestellgeld. Ferner in Belgien, Dänemark, den Donaustaaten, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Oesterreich-Ungarn, Rußland, Schweden, Schweiz u. Spanien. In allen übrigen Staaten nur direkt durch die Geschäftsstelle des Blattes erhältlich.

Das Leipziger Tageblatt erscheint 2mal täglich, Sonn- u. Feiertags nur morgens. Abonnements-Annahme: Johannisgasse 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Einzelverkaufspreis 10 Pf.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 5spaltige Petitzeile 25 Pf., die Reklamezeile 1 M., von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 M. Inserate von Behörden im amtlichen Teil die Petitzeile 30 Pf. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht.

Rabatt nach Tarif. Beilagegebühr Gesamtauflage 5 M. p. Tausend exkl. Postgebühr. Teilbeilagen höher.

Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Johannisgasse 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Druck und Verlag von Fischer & Kürsten. Inhaber: Paul Kürsten.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse 8.

Haupt-Filiale Dresden: Seestraße 4, 1 (Telephon 4621).

Nr. 105. Dienstag, den 27. Februar 1912. 106. Jahrgang.

Unsere gestrige Abendausgabe umfaßt 10 Seiten, die vorliegende Morgennummer 20 Seiten, zusammen

30 Seiten.

Das Wichtigste.

* Die sächsische Zweite Kammer nahm am Montag den Antrag betr. Einführung des allgemeinen Körzwanges in Sachsen an. (S. Landtagsbericht S. 9 u. 10.)

* Die Universität Leipzig veranstaltet am 18. und 19. Oktober 1913 in Verbindung mit der Weihe des Völkerschlachtdenkmals ein Deutsch-Akademisches Olympia. (Siehe bes. Art. Seite 11.)

* Der Streik der Speditionsarbeiter Leipzigs ist beendet, die Ausständigen nehmen heute früh die Arbeit wieder auf. (S. Letzte Lokalnachrichten S. 3.)

* Der neugewählte bayrische Landtag wird heute durch den Prinzregenten eröffnet.

* Die Bergarbeiter im Distrikt von Chesterfield (Derbyshire) haben am Montagmittag die Arbeit niedergelegt. (S. bes. Art. S. 1.)

* Theateranzeigen siehe Seite 16.

Gedanken zum Kolonialetat.

(Von unserem kolonialpolitischen Mitarbeiter.)

Große Ueberraschungen bringt der Kolonialetat für 1912, der neulich dem Reichstage zugegangen ist, nicht. Kosten für die Organisation des Gebietszuwachses in Kamerun sind in ihm noch nicht enthalten, da es mit der Uebernahme dieses Gebiets zunächst noch gute Weile hat. Der Etat für 1912 hält sich im wesentlichen im Rahmen seines Vorgängers, d. h. er balanciert in Einnahmen und Ausgaben mit insgesamt 126 288 575 M gegen 122 513 310 Mark im Vorjahre. Natürlich lassen sich im einzelnen am vorliegenden, wie an jedem Etat mancherlei Beanstandungen machen. Wir möchten aber nicht in Erzbergersche Etatsklauberei verfallen, sondern nur ein paar Gedanken aussprechen, die sich uns gerade bei diesem Etat als Leitsätze für die Zukunft aufdrängen.

Zunächst ein paar Vorbemerkungen, die allerdings mit dem Etat nur teilweise in unmittelbarem Zusammenhang stehen, wohl aber vielleicht mit der staatlichen und finanz-politischen Entwicklung der Kolonien im allgemeinen. In mehreren Kolonien wechseln die Gouverneure. Und zwar ist für Togo ein fürstlicher Gouverneur, Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg, in Aussicht genommen. Nun halten wir grundsätzlich den Gedanken, an die Spitze der Kolonien später fürstliche Vertreter des Kaisers zu stellen, für sehr gut, weil unter ihrem Einfluß draußen, wo demokratische Anschauungen unwillkürlich leicht Platz greifen, das monarchische Gefühl beim Nachwuchs stärker wach gehalten wird. Es will uns aber scheinen, als ob dieses Vorgehen verfrüht wäre, namentlich in den noch im Anfang ihrer Entwicklung stehenden tropischen Kolonien. Wenn bei einer Kolonie der Anfang gemacht wird, so wäre es bei Südwestafrika angebracht, das bereits ein gut entwickeltes Staatsleben aufweist. Aber vielleicht soll die Tätigkeit in der kleinen Togo-Kolonie für den Herzog die praktische Lehrzeit bilden, die ihn für Südwestafrika vorbereitet. Nicht unerwähnt darf bleiben, daß der Gedanke fürstlicher Gouverneure auch eine unmittelbare Bedeutung für den Etat hat: es ist wohl selbstverständlich, daß dann an das Gouverneursgehalt etwas höhere Anforderungen gestellt werden dürften, die allerdings für eine größere, wohlgeordnete Kolonie kaum eine Rolle spielen. Die ganze Frage ist immerhin der Erörterung bis in die letzten Konsequenzen wert.

Nun zum Etat selbst. Wir haben neulich die Laxheit beanstandet, mit der das Gouvernement in Südwestafrika den Betriebseinstellungen auf den Diamantenfeldern gegenübersteht, und haben prophezeit, daß dies auf die wirtschaftliche Entwicklung der Kolonie einen hemmenden Einfluß ausüben wird. Deutliche Spuren davon finden wir schon im Etat für 1912. Man ist zwar bemüht, die Sache noch zu verschleiern, indem man ganz harmlos unter Zugrundelegung des alten Zollgesetzes als Einnahme aus den Diamantenzöllen annähernd dieselbe Summe veranschlagt wie im Vorjahr, als ob stilliegende Diamantenfelder einen Ertrag brächten und der alte Zollsatz von 33⅓ Proz. aufrecht zu erhalten wäre. Der Betrag von 7 267 500 M für Diamantenzoll auf der Einnahmeseite hängt u. E. völlig in der Luft! Weiter ist von uns darauf hingewiesen worden, daß bei einer starken Verminderung der Einnahmen die Schaffung der zum Fortkommen der Kolonie so notwendigen Kreditorganisation außerordentlich erschwert würde. Auch dafür haben wir schon in diesem Etat Anzeichen. Der Posten für die Wassererschließung, die für die Entwicklung der Farmwirtschaft auf demselben Blatt steht wie die Kreditbeschaffung, ist auf 900 000 Mark verringert worden, entgegen der einstimmigen Entschließung des Landesrats, der eine Erhöhung der Mittel für die Wassererschließung auf 1 800 000 M gefordert hatte. Erschwerend fällt noch ins Gewicht, daß die Bohrungen in Zukunft nicht mehr nach festen Sätzen berechnet werden, sondern, daß die Farmer die Kosten des ganzen Betriebes der Bohrkolonnen tragen müssen, die sich im voraus gar nicht übersehen lassen. Das ist gerade jetzt, wo die Farmwirtschaft unter Geldmangel leidet, eine harte Ueberraschung.

Beim Etat der andern Kolonien fällt auf, daß die Entwicklung der eigenen Einnahmen des Fiskus so langsam vor sich geht. Da beim neuen Reichstag für koloniale Ausgaben wenig Neigung sein dürfte, so muß in den nächsten Jahren dieser Seite der Kolonialfinanzen erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Nun ist die Zahl der Europäer in den Kolonien noch zu gering, als daß sie als Steuerquelle groß in Betracht kämen, abgesehen davon, daß es im Interesse der Entwicklung des Wirtschaftslebens nicht ratsam ist, die Betriebsmittel der Kaufleute, Pflanzer und Ansiedler mehr als absolut notwendig zu beschneiden. Nicht die Werte schaffenden Europäer sind heranzuziehen, sondern die faulenzenden Schwarzen, um so mehr, da die Steuerbelastung einen erzieherischen Einfluß auf die Arbeitswilligkeit der Eingeborenen ausübt. Die Besteuerung bildet deshalb in den Kolonien geradezu einen wirtschaftlichen Faktor.

Wenn wir von diesem Gesichtspunkte aus uns den Etat betrachten, so finden wir, daß die wichtigste Einnahmequelle noch wenig benützt worden ist. In Ostafrika bringt die Eingeborenenbesteuerung — die Hüttensteuer — eine im Verhältnis zur Zahl der Bevölkerung recht bescheidene Summe. Fürs Jahr 1912 sind 3 700 000 M veranschlagt (3 110 000 M im Vorj.). Allerdings hat der neue Staatssekretär neuerdings eine sehr zweckmäßige Reform verfügt. An Stelle der Hüttensteuer, die nur die Besitzer von eigenen Hütten, also in der Hauptsache Familienväter, trifft, wird die auch von uns seit Jahren empfohlene Kopfsteuer eingeführt, der alle arbeitsfähigen Eingeborenen unterworfen sind. Auch bei vorsichtiger, allmählicher Einführung wird infolgedessen die Eingeborenenbesteuerung in Ostafrika in den nächsten Jahren erheblich höhere Summen bringen als bisher.

Viel mehr im argen liegen die Verhältnisse in Kamerun und Togo. Dort bringen die Eingeborenen nur 1 245 000 M (900 000 M im Vorj.), hier 530 000 M (400 000 M im Vorj.) für den Etat auf. Da es in beiden Kolonien genug recht leistungsfähige Elemente gibt, so ist die Zaghaftigkeit nicht recht zu verstehen, mit der man sie zu den Kosten der Verwaltung heranzieht. Wenn die Entwicklung von Kamerun auch noch nicht so weit vorgeschritten ist, wie die von Ostafrika, so sind die Eingeborenen an der Küste dort doch im ganzen begüterter als hier; außerdem ließen sich die Tausende von Trägern, die an die Küste kommen und schönes Geld verdienen, wohl noch etwas schröpfen. Dasselbe gilt für die Bevölkerung von Süd- und Mittel-Togo. In den küstennahen Gegenden wäre die Kopfsteuer mindestens ebensogut durchzuführen wie in der Südsee, wo die Verhältnisse doch viel primitiver liegen. Wenn hier für die Kopfsteuer für 1912 rund 217 000 M veranschlagt sind, so ist dies verhältnismäßig viel mehr, als die afrikanischen Kolonien aufbringen. In Afrika wäre die Aufmerksamkeit des Steuerpolitikers außerdem auf gewisse Verbrauchs- und Luxusartikel der Eingeborenen zu lenken, z. B. auf das Salz, einen der wichtigsten Handelsartikel des schwarzen Erdteils, der in unseren Kolonien als Steuerobjekt bisher sehr geschont worden ist.

Auf Samoa ist eine Aenderung der Finanzpolitik gegenüber den Eingeborenen ebenfalls sehr am Platze. Aufgebracht werden von ihnen 210 000 M, herzlich wenig in einem so gesegneten Lande. Aber das ginge noch, wenn der Fiskus etwas davon hätte. Denn nach einem nachgerade überlebten Brauch fließt die Hauptsumme, 1912 rund 150 000 M, der Selbstverwaltung der Samoaner, einer Spielerei, zu, und nur 59 000 M werden zur Besoldung der mit den Angelegenheiten der Eingeborenen befaßten Beamten verwendet. Auch die Ueberschüsse bleiben der Eingeborenen-Selbstverwaltung. Nun, vielleicht räumt Staatssekretär Solf, nachdem er jetzt die Macht in Händen hat, auch mit diesem Zopf auf; er hat uns ja schon mit verschiedenen segensreichen Neuerungen überrascht. Nachdem Mataafa, der Oberhäuptling der Samoaner, zu seinen Vätern versammelt, und Tamasese, der Prätendent, ein nach Aussage Dr. Solfs sehr gefährlicher Bursche, von diesem in so geschickter Weise von Samoa entfernt und auf Kunstreisen nach Europa geschickt ist, wird es kaum Schwierigkeiten machen.

Einmal muß doch schließlich damit begonnen werden, die Eingeborenen unserer Kolonien, denen wir bisher vorwiegend Rechte und Segnungen gebracht haben, auch Pflichten fühlen zu lassen. Es soll ihnen gewiß nicht weh getan werden; sie brauchen nur ein wenig mehr zu arbeiten, dann können sie spielend Millionen zu den Kosten der Verwaltung beitragen. Wenn die Kolonialverwaltung ernsthaft nach diesen Gesichtspunkten vorgeht, so wird sie ohne Beschwerden über die mageren Jahre des gegenwärtigen Reichstags hinwegkommen.

Der Konflikt zwischen Rußland und dem Heiligen Stuhl,

der vor einiger Zeit wegen angeblicher Beschränkung der Religionsfreiheit der russischen Polen von seiten der russischen Regierung ausgebrochen war, so schreibt uns unser römischer :-Mitarbeiter, hat in diesen Tagen Formen angenommen, daß man in den klerikalen Kreisen Roms mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Rußland und dem Vatikan rechnet. Die Spannung datiert aus der Zeit der letzten russischen Revolution, in der der stark nationalistisch gesinnte Teil des polnischen Klerus sich in allerlei Umtriebe einließ, die der Petersburger Regierung nicht unbekannt bleiben konnten. Die letztere hatte die Ueberzeugung gewonnen, daß die genannten polnischen Kleriker auf eine Staatsumwälzung hinarbeiteten und bei den russischen Revolutionären ebenso wie auch im Vatikan selbst Unterstützung für ihre Ideen fanden. Mehrfach hatte die Petersburger Regierung dieserhalb Vorstellungen durch ihren Gesandten beim Heiligen Stuhl erhoben. Dann kamen die Motuproprios Pius' X. über den Antimodernisteneid und das Privilegium fori der Geistlichkeit und verschärften die bestehende Spannung. Der Vatikan kam, als er ähnliche Ausflüchte mit der Auslegung der beiden Motu wie in Deutschland machte, in Rußland an die falsche Adresse. Petersburg ließ sich auf vage und zweideutige Erklärungen von seiten des Heiligen Stuhles nicht lange ein, sondern forderte brüsk Zurücknahme der päpstlichen Dekrete für das russische Reich. Dem Verlangen trug man auch Rechnung.

Jetzt ist aber neuer Konfliktstoff angehäuft worden durch eine Affäre des Monsi. Ruskiewitz, des Suffraganbischofs des Erzbischofs von Warschau. Das dortige Gericht hatte den R. zu mehrmonatiger Festungshaft verurteilt, weil er die Ehe von zwei Katholiken für null und nichtig erklärt hatte, die, aus dem elterlichen Hause geflohen, bei einer Sekte als Brautpaar Aufnahme fanden, die vom Papste verdammt worden war. Weiter hatte eine Gruppe polnischer Katholiken den russischen Ritus angenommen, um Schikanierungen von seiten der russischen Regierung zu entgehen. Der Papst hatte dieser Gruppe zu der Annahme des russischen Ritus den Segen erteilt, die russische Polizei aber behandelte diese Gruppe genau so, wie wenn sie den römischen Ritus einhielte und ließ sich durch die Vorspiegelung falscher Tatsachen nicht täuschen. Der Vatikan erhob, gedrängt von dem polnischen Klerus, feierlichen Protest und forderte Zurücknahme der russischen Regierungsverfügungen resp. des Urteils in Sachen des Monsi. Ruskiewitz. Der russische Gesandte beim Heiligen Stuhl aber packt seelenvergnügt seine Koffer. Seine Regierung gibt nicht nach. Was wird nun der Vatikan anfangen? Wird er die vom polnischen Klerus gewünschte Energie weiter betätigen?

Kenner der Verhältnisse versichern mir, der Vatikan wird auch diesmal wieder vor Rußland den kürzeren ziehen. Rußlands Minister des Auswärtigen, Herr Ssasonow, war gleich Herrn v. Iswolski ehedem Gesandter beim Heiligen Stuhl. Beide Herren waren beim Vatikan personae ingratissimae. Sie waren ihm zu energisch. Besonders gefürchtet ist Herr Ssasonow teils dieserhalb, teils außerdem ....

Die englische Bergarbeiterkrisis

Die englische Regierung hofft bei der heute stattfindenden offiziellen Einigungskonferenz zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeiterorganisationen, die unter dem Vorsitz des Premierministers stattfinden wird, ein günstiges Resultat zu erzielen. Ob sich die Differenzen in dieser Sitzung vollständig beseitigen lassen werden, erscheint immerhin fraglich. Jedenfalls rechnet man aber in amtlichen Kreisen mit einem vorläufigen Aufschub des Streiks. Bei der geheimen Verhandlung am Sonntag zwischen den Arbeitgebern mit den Vertretern der Regierung wurde von den letzteren der offizielle Wunsch, wenigstens eine Verschiebung des Ausstandes herbeigeführt zu sehen, nachdrücklich betont. Die Minenbesitzer erklärten, daß es unmöglich sei, den Forderungen der Arbeiter zu entsprechen; zu Konzessionen seien sie zwar bereit, immerhin läge es für sie im Gebiet des Unzugänglichen, eine derartige Lohnerhöhung, wie sie jetzt von den Grubenarbeitern verlangt wird, zu bewilligen. In den Arbeiterzeitungen sind am Montagmorgen Erklärungen namhafter Führer veröffentlicht worden, in denen es heißt, daß die Arbeiterschaft zu den letzten Mitteln greifen würde, um dieses Mal das Ziel zu erreichen. Man würde selbst vor einem Blutvergießen nicht zurückscheuen. Der Präsident der Vereinigung der Bergarbeiter von Durham führte neulich öffentlich aus, daß der Streik nicht mehr zu vermeiden sei. Die vollständige Solidarität aller Arbeiter Englands sei für das Resultat der jetzigen Bewegung ausschlaggebend.

Der „Daily Telegraph" veröffentlicht zwei Stimmungsbilder seiner beiden nach den Streikgebieten von Sheffield und Nottingham entsandten Spezialberichterstatter. Fast die gesamte Arbeiterschaft Nottinghams spricht sich sehr entschieden für den Streik aus. Die Stimmung der Bergleute ist im allgemeinen zuversichtlich. Die Bestände der Streikkassen sollen in der letzten Zeit durch Zuwendungen ausländischer Arbeiterorganisationen derart gestiegen sein, daß die letzten Befürchtungen wegen der finanziellen Unfähigkeit, den Streik auf eine längere Zeit nicht durchzuhalten, fast restlos geschwunden scheinen. Ein Hauptleiter der Grubenarbeiterorganisation erklärte dem Mitarbeiter des „Daily Telegraph", daß die Sympathien der gesamten Arbeiterschaft Englands den Bergleuten zugewandt sind. Die Meinung der Grubenarbeiter richtet sich nicht in einem besonders starken Grade gegen die Minenbesitzer, sondern in einem erhöhten Maße gegen die Kohlengrubenverwalter, deren rücksichtslose Maßregeln speziell in der letzten Zeit wiederholt der Anlaß zu Mißstimmungen in den Arbeiterkreisen gewesen sind. Wegen der Lohnfragen herrscht bei allen Teilen der Grubenarbeiter vollständige Uebereinstimmung.

In den Arbeiterorganen wird darauf hingewiesen, daß der Reingewinn der Grubenbesitzer mit den erbärmlichen Löhnen der Minenarbeiter in einem schreienden Mißverhältnis stehen. Wenn überhaupt eine günstige Gelegenheit vorhanden sei, heißt es in den Blättern, höhere Forderungen durchzudrücken, so sei es jetzt.

Der Bericht aus Sheffield lautet folgendermaßen: Das äußere Bild der Stadt ist unverändert. Im öffentlichen Leben deutet nichts Augenfälliges auf die schwere wirtschaftliche Krise hin, in deren Anfangsstadium wir uns schon in den allernächsten Tagen befinden werden, falls nichts Unerwartetes, man möchte fast sagen, falls kein Zufall eintritt. Die Kohlengrubenarbeiter sind in drei Klassen zu teilen. Die erste umfaßt die Arbeiterschaft, die mit den augenblicklichen Verhältnissen im großen und ganzen zufrieden ist, die aber mit Rücksicht auf die Kollegen gewillt ist, in einen Sympathiestreik einzutreten. Zu der zweiten Klasse sind die Arbeiter zu zählen, die in der jetzigen Arbeitszeit und vor allen Dingen in dem Lohnmodus eine vollständige Aenderung eintreten lassen will. Die dritte Klasse bilden die Gegner des Streiks, die allerdings in der Minderzahl vorhanden sind. Der Streik ist in Rücksicht auf die ungemein gereizte Stimmung des größten Teiles der Arbeiter unvermeidlich. Verschiedene Arbeitgeber haben beschlossen, schon am heutigen Dienstag den Betrieb einzustellen und die Arbeiter zu entlassen.

*

Die ersten Arbeitseinstellungen

Aus London wird gemeldet:

Die Bergarbeiter im Distrikt von Chesterfield (Derbyshire) haben am Montag mittag die Arbeit niedergelegt, da die Kündigungstermine abgelaufen sind. Unruhen haben sich nicht ereignet.

*

Zur Haltung der deutschen Bergarbeiter

wird noch aus Essen gemeldet:

Der Verein der christlichen Bergarbeiter veranstaltete am Sonntag etwa vierzig geschlossene Versammlungen, in denen u. a. betont wurde, es müsse erst eine Lohnerhöhung durch die Grubenbesitzer abgewartet werden. Falls diese den Ansprüchen der Bergarbeiter nicht genüge, werde die Mitgliedschaft im Verein mit allen Bergarbeiterverbänden bereit sein, deren Forderungen durchzudrücken. Sich vorher in einen Streik einzulassen, lehne der Gewerkverein ab. Die gute Konjunktur lasse erhebliche Lohnerhöhungen zu.

*

Die Lage im Wurmrevier.

Aachen, 26. Febr. (Tel.) Mehrere Versammlungen des christlich-sozialen Bergarbeiter-Verbandes im Wurmrevier (Revier in der Umgegend von Aachen) haben zur augenblicklichen Lage des deutschen Bergbaues eine Resolution angenommen, in der es heißt: Einen Sympathiestreik zugunsten der Engländer lehnt die christliche Arbeiterschaft des Aachener Kohlenreviers ganz entschieden ab, weil sie nur dann in einen Streik eintreten kann und will, wenn der Streik im Interesse der deutschen Bergarbeiter notwendig ist und Erfolg verspricht. Die Resolution weist darauf hin, daß der englische Bergbau bei früheren Streiks der deutschen Bergarbeiter Deutschland mit Kohlen überschwemmt und dadurch dem deutschen Bergbau ganz erhebliche Absatzgebiete weggenommen hat. Zum Schluß spricht die Resolution die Erwartung aus, daß die Unternehmer, entsprechend der Hebung der Konjunktur, eine Erhöhung der Löhne gewähren werden, wie es bereits der Eschweiler Bergwerksverein dem Arbeiterausschuß von der Grube „Anna" bestimmt in Aussicht gestellt habe.

Die Lage auf dem Kriegsschauplatz in Tripolis.

—* Seitdem die Italiener die Araber und Türken aus der unmittelbaren Nähe von Tripolis vertrieben haben, und bis zu der Oase Ain Zara vorgedrungen sind, ist verhältnismäßige Ruhe eingetreten. Zwar finden fortgesetzt kleine Scharmützel statt, die von den Türken gegen die vorgeschobenen Postierungen der Italiener gerichtet sind. Doch dienen diese lediglich dazu, den Gegner zu beunruhigen und ihn nicht zur Ruhe kommen zu lassen, es sind Unternehmungen des kleinen Krieges. Von größeren Unternehmungen haben die Türken Abstand genommen, und zwar mit vollem Recht. Die Italiener haben inzwischen Zeit und Gelegenheit gehabt, ihre Stellungen zu befestigen und auszubauen. Diese haben im Laufe der Zeit eine außerordentliche Stärke erhalten, so daß sie schon mehr den Charakter provisorischer Befestigungen angenommen haben. Ein Sturm dagegen könnte nur nach ausreichender Artillerievorbereitung möglich sein. Aber gerade die schwere Artillerie fehlt den Türken, sie sind also nicht imstande, die Stellung der Italiener sturmreif zu machen. Ein Angriff dagegen würde nur unnötiges Blutvergießen bedeuten. Die Italiener haben sich außerdem in der Zwischenzeit so verstärkt, daß sie ausreichende Truppen für die Besetzung ihrer Linie zur Verfügung

Beachten Sie die kleinen Inserate im „Lokal-Anzeiger" der Abend-Ausgabe.